

E-Mail-Newsletter

Nr. 195, 16. Februar 2016

Liebe Mitglieder, FörderInnen und Interessierte!

Je mehr Flüchtlinge kommen, desto mehr werden deren Rechte beschnitten. Mit dieser seit jeher geltenden Gleichung werden wir als „Gutmenschen“ diffamierte Flüchtlingsunterstützer/innen im Jahr 2016 in ganz besonderer Weise konfrontiert sein. Kein Tag vergeht ohne schlechte Nachrichten: Beschneidungen der Flüchtlingsrechte durch Gesetzesverschärfungen (Asylpaket II u.a.), flüchtlingsfeindliche und demagogische Stimmungsmache in Medien und Politik („Herrschaft des Unrechts“), Anschläge auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte, jeden Tag ein neuer Plan, um die Zahl der Flüchtlinge zu reduzieren (Geld in die Türkei, Nato in die Ägäis, Zäune innerhalb Europas, Abschiebungen nach Afghanistan etc.) und sie damit ihrem Elend und sogar dem Tod preiszugeben, unsägliche Forderungen von rechten Parteien (Schusswaffengebrauch an der Grenze...), die sich in einem (Zu-)Stimmungshoch befinden und womöglich bald in Landtagen sitzen werden. Am 13. März wird in Baden-Württemberg gewählt. Es darf nicht passieren, dass dieser Tag zum irreführenden Massenprotest gegen die angeblich gescheiterte Flüchtlingspolitik von Bundes- und Landesregierung wird. Mit plattem Populismus und Anti-Flüchtlings-Rassismus lassen sich sicher Stimmen fangen. Die „Flüchtlingskrise“ lässt sich aber nur mit Besonnenheit, guten politischen Entscheidungen und mit gemeinsamen Anstrengungen angehen. Die Zivilgesellschaft, die sich nach wie vor in vorbildlicher Weise für einen menschlichen Umgang und eine gute Aufnahme und Integration von Flüchtlingen engagiert, wird weiterhin ihren Beitrag dazu leisten. In diesem Sinne wünschen wir Ihnen wie immer eine anregende Lektüre unseres Newsletters. Der Vorstand und die Mitarbeiter/innen der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats

Hinweis: Wenn Sie am Ende der jeweiligen Beiträge auf „**Weiterlesen...**“ klicken, gelangen Sie zur ausführlichen Darstellung auf unserer Homepage und finden dort auch zahlreiche weitere Dokumente und Medienberichte.

1. FLÜCHTLINGSARBEIT

Informationen, Tipps und Arbeitshilfen zur praktischen Flüchtlingshilfe in BaWü und darüber hinaus

16.02.2016 **Flüchtlingsrat fördert Kleinprojekte in der Flüchtlingsarbeit**

Mit einer großzügigen Unterstützung durch den dm-Markt Deutschland kann der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg 33 Kleinprojekte in der kommunalen Flüchtlingsarbeit im Umfang von bis zu 1.000 Euro fördern. Antragsberechtigt sind Initiativen, Gruppierungen und Vereine aus Baden-Württemberg, die in der Flüchtlingshilfe engagiert sind, insbesondere Mitglieder und Kooperationspartner des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg.

Weiterlesen...

28.01.2016 **Aktionsfonds Qualifiziert. Engagiert**

Im Rahmen des Programms „Flüchtlingshilfe durch Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft“ hat die Landeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren den *Aktionsfonds Qualifiziert. Engagiert* ausgeschrieben. Sie finden die Förderrichtlinien und das entsprechende Antragsformular unter http://www.lpb-bw.de/fluechtlingshilfe_massnahmen.html

Die erste Antragsfrist endet am 15. Februar, eine zweite am 15. März. Weitere Anträge können bis 30.4., 30.6. oder 30.9. gestellt werden. Die über diesen Aktionsfonds beantragten Fördermittel beziehen sich ausschließlich auf Qualifizierungsmaßnahmen für ehrenamtlich engagierte Menschen, die in der Hilfe für geflüchtete Menschen aktiv sind.

22.12.2015 **Land fördert kommunale Flüchtlingsbeauftragte**

Im Rahmen der Verwaltungsvorschrift (VwV) Integration fördert das Land Baden-Württemberg die Integrationsarbeit auf kommunaler Ebene. Kreise, Städte, Gemeinden und freie Träger können sich mit Projekten zur Stärkung kommunaler Strukturen, zur Elternbeteiligung am Bildungsweg ihrer Kinder oder zur Verbesserung der Teilhabe für eine Förderung des Landes bewerben. In der vierten Programmrunde soll mit einem Budget von 13,2 Millionen Euro insbesondere die Einrichtung von kommunalen Flüchtlingsbeauftragten gefördert werden.

22.12.2015 Ministerium für Integration: Flüchtlingsbeauftragte fördern

07.01.2016 **Förderprogramm zur Integration von Flüchtlingen in Ausbildung**

Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft fördert in den Jahren 2016 und 2017 landesweit 37,5 Stellen für sog. "Kümmerer". Deren Aufgabe soll es sein, für eine Ausbildung geeignete junge Flüchtlinge zu identifizieren, sie bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz zu unterstützen und zwischen Unternehmen und Flüchtlingen zu vermitteln. Zielgruppe des Programms sind junge Flüchtlinge, die das Sprachniveau und die sonstigen Voraussetzungen für eine betriebliche Ausbildung im Wesentlichen erfüllen. Insgesamt sollen rund 750 Flüchtlinge von dem Programm profitieren, ca. 500 davon sollen bereits zum Ausbildungsjahr 2016/2017 in eine Einstiegsqualifizierung oder Ausbildung vermittelt werden.

07.01.2016 Schwäbische Zeitung: "Land will 500 Flüchtlinge qualifizieren"

07.01.2016 baden-württemberg.de: "Förderung von Stellen zur Integration von Flüchtlingen in Ausbildung"

05.01.2016 **Informationen zu deutschen Arbeitsvisa für Menschen aus den Ländern des Westbalkans**

Die Bundesagentur für Arbeit hat eine Informationsbroschüre herausgegeben, um über die Möglichkeiten eines deutschen Arbeitsvisums für StaatsbürgerInnen aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien zu informieren. In der Broschüre finden sich Informationen zu den Bedingungen und AnsprechpartnerInnen, um ein Arbeitsvisum zu erhalten. Sie ist auf [deutsch](#), [bosnisch](#), [montenegrinisch](#), [kosovarisch](#), [serbisch](#), [albanisch](#) und [mazedonisch](#) als kostenlose PDF erhältlich. Außerdem haben die jeweiligen deutschen Vertretungen Merkblätter zusammengestellt, um über das Visumverfahren und notwendige Unterlagen zu informieren. Diese können für [Serbien](#), [Bosnien-Herzegowina](#), [Mazedonien und Montenegro](#), [Albanien](#) und [Kosovo](#) als kostenlose PDF heruntergeladen werden. [Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigung in Deutschland - Die ZAV berät Sie!](#)

26.01.2016 **VG Freiburg: Kein pauschales Beschäftigungsverbot für Personen aus sicheren HKL, die Asylgesuch vor dem 1.9.2015 gestellt haben**

Personen aus sogenannten sicheren Herkunftsländern (HKL), die ihr Asylgesuch vor dem 1.9.2015 gestellt haben, unterliegen nicht dem pauschalen Beschäftigungsverbot des § 61 Abs. 2 Satz 4 AsylG. Das hat das VG Freiburg mit Beschluss vom 20.1.2016 (Az.: 6 K 2967/15) entschieden. [Weiterlesen ...](#)

02.01.2016 **Freies WLAN für Flüchtlingsunterkünfte**

Freifunk Stuttgart informiert und unterstützt bei der Einrichtung von WLAN

Der Kontakt zu Angehörigen über das Internet sowie im Internet zugängliche Informationen sind für viele Flüchtlinge zentral wichtig. In einigen Städten haben technisch versierte Engagierte deswegen in und um Flüchtlingsunterkünfte ein für die Flüchtlinge frei zugängliches WLAN-Netz eingerichtet, so auch Freifunk Stuttgart. Wie es gelingen kann, WLAN für Flüchtlinge vor Ort in Kooperation mit den Kreis- und Kommunalbehörden (oder auch trotz deren Vorbehalten oder Widerständen) einzurichten, beschreiben die [Informationen von Freifunk Stuttgart](#).

Weiterlesen ...

20.01.2016 **Die Ankommen-APP**

Die Bundesagentur für Arbeit, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das Goethe-Institut und der Bayerische Rundfunk haben eine App für Flüchtlinge entwickelt. Welche Schritte durch das Asylverfahren muss ich beachten? Wann muss mein Kind in die Schule? Wie erhalte ich eine Arbeitserlaubnis? Was tun, wenn ich krank werde? Die Antworten auf diese und weitere, Fragen erhalten Flüchtlinge jetzt in der kostenlosen App „Ankommen“. Diese steht in den Sprachen Arabisch, Englisch, Farsi, Französisch und Deutsch zur Verfügung und ist zunächst verfügbar für Android-Smartphones und – nach Freigabe im App Store - auch auf iOS. Aktuelle Anmerkung: Unter der Rubrik "Leben in Deutschland/Zusammenleben" gibt es auch Texte/Bilder zur Gleichberechtigung und Umgang zwischen Männer und Frauen.

21.01.2016 „Klickschicht“ – Kostenlose Software erleichtert Koordination ehrenamtlicher Hilfe

Derzeit engagieren sich tausende Menschen ehrenamtlich für Flüchtlinge. Dazu bedarf es nicht zuletzt einer effektiven Koordination. Ein Unternehmen aus Baden-Württemberg hat kürzlich eine Software entwickelt, mit der online Dienstpläne erstellt werden können. Ehrenamtsinitiativen stellt das Unternehmen die Software dabei kostenlos zur Verfügung. Die Software kann unkompliziert über einen kostenlosen Testzugang für einen Monat ausprobiert werden. Bei Gefallen setzen Sie sich mit klickschicht in Verbindung, um dauerhaft eine kostenlose Nutzung sicherzustellen. Nähere Informationen erhalten Sie hier: [Homepage von klickschicht](#)

22.12.2015 Förderung von Veranstaltungen mit Flüchtlingen

Im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus vom 10. bis 23. März 2016 werden Veranstaltungen mit Flüchtlingen mit einem Betrag gefördert. Der Förderantrag zur Übernahme von Kosten bis max. 300 EUR pro Veranstaltung wird in Kürze auf der Homepage der Internationalen Wochen gegen Rassismus zu finden sein.
- Dez. 2015 Flyer Internationale Wochen gegen Rassismus Veranstaltungen mit Flüchtlingen

05.01.2016 Webportal zum Familiennachzug

Das Auswärtige Amt hat auf einem Webportal kompakt Informationen zum Familiennachzug für insbesondere syrische Schutzberechtigte eingestellt. Das Portal kann auf Deutsch, Englisch und Arabisch angezeigt und von Schutzberechtigten, Antragstellern des Familiennachzugs zum syrischen Schutzberechtigten sowie Unterstützerorganisationen genutzt werden. Es enthält eine Funktion zur Stellung der fristwährenden Anzeige, von der das Auswärtige Amt eine spürbare Entlastung der Auslandsvertretungen wie auch der Ausländerbehörden erwartet.
- Link zu Webportal Auswärtiges Amt: [Willkommen in Deutschland. Hier finden Sie alle wichtigen Informationen zur Familienzusammenführung syrischer Flüchtlinge \(www.familyreunion-syria.diplo.de\)](#)
- Dez. 2012 Auswärtiges Amt: Informationsflyer: [Familiennachzug für syrische Schutzberechtigte in Deutschland \(PDF\)](#)

12.01.2016 Sammlung von Dublin-Entscheidungen bei asyl.net

Der Informationsverbund Asyl und Migration stellt auf seiner Seite neuerdings eine Datenbank speziell zu gerichtlichen Dublin-Entscheidungen zur Verfügung. Neben einer Großzahl der seit September 2015 ergangenen Gerichtsentscheidungen sind auch ältere, besonders wichtige Grundsatzentscheidungen zur Dublin-Verordnung abrufbar. Die Entscheidungen können anhand verschiedener Such- und Schlagwörter (z.B. „Dublin-Staat“) recherchiert werden. [Weiterlesen ...](#)

26.01.2016 Aktuelle Übersicht zu Praktika

Für verschiedene Arten von Praktika bestehen für Menschen mit Aufenthaltsgestattung / Duldung / BÜMA unterschiedliche Vorschriften und Bedingungen. Einen Überblick für die Beratung bieten die beiden folgenden Tabellen:

- [GGUA](#) (Gemeinnützige Gesellschaft zu Unterstützung Asylsuchender e.V.): ["Erfordernis einer Arbeitserlaubnis bzw. einer Zustimmung zur Beschäftigung für ein Praktikum für Personen mit Duldung oder Aufenthaltsgestattung / BÜMA"](#)
- Caritasverband Osnabrück: [„Rahmenbedingungen von Praktika und ähnlichen betrieblichen Tätigkeiten für Asylsuchende und geduldete Ausländer/innen- eine Arbeitshilfe für Unternehmen, Arbeitsverwaltung und Beratungsstellen"](#)

12.02.2016 Merkblatt der Bundesagentur für Arbeit zum Kindergeld für Flüchtlinge

In einem Kurzmerkblatt, das auch in den Sprachen Englisch, Französisch, Arabisch und Farsi verfügbar ist, informiert die Bundesagentur für Arbeit über Kindergeldansprüche von anerkannten Flüchtlingen, in einem speziellen Merkblatt auch für unbegleitete Minderjährige.

- Link zu [Bundesagentur für Arbeit: Wissenswertes zum Kindergeld in verschiedenen Sprachen. Informationsflyer für Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge Weiterlesen ...](#)

26.01.2016 Wiki für Sprachunterricht

Auf dem Wiki [ZUM-Willkommen](#) ist eine ausführliche Liste von Links zu Materialien (u.a. Arbeitsblätter, Leitfäden, Videos, Apps, Onlinelernprogramme) für den (ehrenamtlichen) Sprachunterricht zusammen gestellt.

11.02.2016 First communication helper

Der vom Paritätischen entwickelte "First Communication Helper For Refugees" ermöglicht eine einfache Kommunikation ohne Fremdsprachenkenntnisse, indem die Verständigung über das Zeigen auf Symbole erfolgt.
[Paritätischer: First communication helper](#)

26.01.2016 **openSAP – Kostenlose „Online-Ausbildung“ zum ehrenamtlichen Deutschlehrer**

Das Softwareunternehmen SAP hat in Zusammenarbeit mit Dem Paritätischen einen Online-Kurs entwickelt, in dem Interessierte wichtige Hilfestellungen für die Tätigkeit als ehrenamtlicher Deutschlehrer erhalten. Der Kurs bietet neben Methoden zur Unterrichtsvorbereitung und -durchführung auch die Möglichkeit, Lehrenden bei einzelnen Unterrichtseinheiten über die Schulter zu schauen. Die Teilnahme am Kurs ist in der Zeit vom 1. Februar 2016, 10 Uhr – 29. April 2016, 10 Uhr jeder Zeit möglich; der Lernaufwand wird mit ca. 3 – 4 Stunden angegeben.

- [Link zu weiteren Informationen und Anmeldemöglichkeit](#)

04.02.2016 **Unabhängige Informationsplattform zu europäischen Ländern**

Mehrsprachige Informationen für geflüchtete Menschen

Die Internetseite www.w2eu.info bietet ausführliche Informationen zur aktuellen Gesetzeslage und den Lebensbedingungen geflüchteter Menschen in den europäischen Ländern. Zusätzlich findet sich eine Sammlung von AnsprechpartnerInnen der Flüchtlingsarbeit vor Ort. Die Seite ist viersprachig abrufbar (Englisch, Französisch, Arabisch, Farsi).

27.01.2016 **Länderberichte der Schweizerischen Flüchtlingshilfe**

Die [Schweizerische Flüchtlingshilfe](#) bietet ausführliche [Informationen zu Herkunftsländern](#) von geflüchteten Menschen.

20.01.2016 **Länderberichte von Amnesty International**

Amnesty International veröffentlicht auf seiner Internetseite regelmäßig Berichte zur Menschenrechtslage in einzelnen Ländern. Diese finden Sie in der Kategorie [Länderberichte](#).

Informationen über aktuelle gerichtliche Entscheidungen im Asyl- und Flüchtlingsbereich finden Sie hier:

<http://fluechtlingsrat-bw.de/asyrechtsprechung.html> oder auf www.asyl.net

In aller Kürze:

22.12.2015 **Elf Prozent engagieren sich für Flüchtlinge**

Viele Menschen in Deutschland engagieren sich in der Flüchtlingsarbeit. Dies bestätigt nun auch eine [Umfrage](#) des Sozialwissenschaftlichen Instituts (SI) der EKD. Demnach haben bereits 37% der Befragten etwas für Flüchtlinge gespendet und 11% engagieren sich in einer Flüchtlingsunterkunft in ihrer Nähe. Gleichzeitig hatten aber über 50% der Deutschen bisher noch keinen Kontakt zu geflüchteten Menschen. [Weiterlesen ...](#)

15.02.2016 **Interaktive Belegungskarte der Erstaufnahmestellen**

Auf seiner Homepage bildet das Integrationsministerium die aktuellen Belegungszahlen der baden-württembergischen Erstaufnahmeeinrichtungen ab. In allen Einrichtungen zusammen waren zum 15. Februar **24.974 Personen** untergebracht. [Aktuelle Belegungszahlen](#)

11.01.2016 **[Refimo - Jobvermittlungsplattform für Geflüchtete](#)** Refimo ist eine mehrsprachige Jobvermittlungsplattform, die sich an Geflüchtete und lokale Arbeitgeber richtet. [Weiterlesen ...](#)

16.01.2016 **Asylcafé Ulm erfolgreich gestartet.** Neue Begegnungsstätte für gemeinschaftliche Aktivitäten

28.01.2016 **„Flüchtlinge verstehen“** – Kostenlose Dolmetscherdienste für Ärzte auf arztkonsultation.de

(Weitere) Berichte über die (lokale) Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg finden Sie hier:

www.fluechtlingsrat-bw.de/fluechtlingsarbeit-bw.html

Nützliche Informationen und Tipps finden Sie auch auf der Flüchtlingshilfe-Homepage des Staatsministeriums BW
www.fluechtlingshilfe-bw.de

2. FLÜCHTLINGSPOLITIK

Informationen zur Flüchtlings- und Migrationspolitik BaWü / BRD / EU...

16.02.2016 **Positionspapier des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg zur Landtagswahl**

Am 13. März ist Landtagswahl. Die Positionen des Flüchtlingsrats zur Flüchtlingspolitik in Baden-Württemberg finden Sie [hier](#).

03.02.2016 **Das „Asylpaket II“: Menschenrechte in Gefahr**

Das „Asylpaket II“ wurde von der Bundesregierung beschlossen, die darin enthaltenen Änderungen sollen voraussichtlich bereits am 26. Februar in Kraft treten. Unter anderem soll der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte für zwei Jahre ausgesetzt werden. Diese Regelungen soll nun auch auf als subsidiär Schutzberechtigte anerkannte minderjährige Flüchtlinge angewendet werden, in Härtefällen sind Ausnahmen zulässig. Zudem wurde beschlossen, sog. „Aufnahmezentren“ für bestimmte Gruppen von Asylsuchenden (z.B. jene aus sog. „sicheren Herkunftsstaaten“) zu errichten, in denen die Flüchtlinge ein Schnellverfahren mit einer Dauer von maximal drei Wochen durchlaufen sollen. Darüber hinaus soll von einer Abschiebung nur noch im Fall von akuten Krankheiten abgesehen werden, insbesondere posttraumatische Belastungsstörungen sind dieser Kategorie dem Willen der Bundesregierung entsprechend nicht zuzurechnen. Amnesty International, Deutscher Anwaltverein und PRO ASYL kritisieren die geplante massive Verschlechterung der Asylverfahren in Deutschland.

- 03.02.2016 Presseerklärung PRO ASYL, Deutscher Anwaltverein und Amnesty International: [Das Asylpaket II: Menschenrechte in Gefahr](#)

- 03.02.2016 Flüchtlingsrat Bayern: [Flüchtlingsrat lehnt Asylpaket II strikt ab](#)

- 02.02.2016 Bundesverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge: [Stellungnahme des Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zum Entwurf eines Gesetzes zur Einführung beschleunigter Asylverfahren](#)

29.01.2016 **Asylpaket II stoppen – Keine Einschränkung von fairen Asylverfahren!** Unterschriftenaktion von PRO ASYL - Machen Sie mit!

11.02.2016 **Bundesregierung will nach Afghanistan abschieben**

Nach seiner Afghanistan-Reise Anfang Februar will Bundesinnenminister de Maiziere „noch in diesem Monat“ Abschiebeflüge nach Afghanistan forcieren. [In einem Schreiben](#) an die Innenministerien der Länder vom 5. Februar fordert de Maiziere die Länder dazu auf, „unverzüglich“ mit Abschiebeflügen zu beginnen. PRO ASYL und die Flüchtlingsräte übten scharfe Kritik an den geplanten Abschiebungen nach Afghanistan. Diese bedeuten in der Konsequenz, Bürgerkriegsflüchtlinge in ein Land abzuschicken, in dem sie objektiv an Leib und Leben bedroht sind. Die Situation in Afghanistan hat sich in der letzten Zeit gerade nicht verbessert, sondern deutlich verschlechtert. Symptomatisch hierfür ist der Anstieg Zuflucht suchender unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge aus Afghanistan.

- 11.02.2016 Presseerklärung PRO ASYL: [De Maiziere kündigt Abschiebungen nach Afghanistan noch für Februar an.](#) PRO ASYL: Abschreckungspolitik unter Einsatz von Gesundheit und Leben der Betroffenen.

- 11.02.2016 Pressemitteilung Flüchtlingsrat Bayern: [Afghanistan-Abschiebungen sind nicht zu rechtfertigen.](#)

Bundesinnenministerium plant Sammelabschiebung nach Afghanistan noch im Februar 2016 / Flüchtlingsrat: „De Maiziere erkaufte Bereitschaft zur ‚Eindämmung des Migrationsdrucks‘“

08.01.2016 **Zahl der Asylanträge 2015 um 135% angestiegen**

Im Jahr 2015 wurden insgesamt 476.649 Asylanträge gestellt, die meisten (441.899) davon waren Erstanträge. Dies stellt einen Anstieg um 135 % im Vergleich zu 2014 dar. Insgesamt wurde 2015 über 293.968 Asylanträge entschieden, was einer Verdopplung der Entscheidungen entspricht. Mehr als verdoppelt hat sich die Zahl der beim BAMF anhängigen Verfahren (364.664). Die Gesamtschutzquote für 2015 lag bei 49,8 % (2014: 31,5 %), wobei 48,5 % davon auf den Flüchtlingsschutz entfielen, die anderen Schutzformen waren in 2015 nur von marginaler Bedeutung. Ungefähr ein Drittel (32,4 %) aller Asylanträge wurde als unbegründet oder offensichtlich unbegründet abgelehnt. 17,8 % aller Verfahren erledigten sich auf "sonstigem" Weg. Diese Prozentzahl liegt weit niedriger als 2014 (35,2%), was vermutlich auf die zeitweise Aussetzung des Dublinverfahrens für syrische Staatsangehörige zurückzuführen ist. Nach Schätzungen beläuft sich die Gesamtzahl der in 2015 nach Deutschland eingereisten Asylsuchenden auf über 1 Million.

- BAMF: [Asylgeschäftsstatistik für den Monat Dezember 2015](#)

- BAMF: [Aktuelle Zahlen zu Asyl \(Dezember 2015\)](#)

- Ministerium für Integration BW: [Aktuelle Zugangszahlen in BaWü](#)

02.01.2016 **Vereinfachtes Asylverfahren abgeschafft**

Ab 1.1.2015 wieder mündliche Anhörungen bei Asylsuchenden aus Syrien, Irak und Eritrea

Wie auf der jüngsten Innenministerkonferenz beschlossen, wurde das vereinfachte Anhörungsverfahren für Asylsuchende aus Syrien, Eritrea und dem Irak abgeschafft. Seit 01.01.16 gilt nun wieder, dass alle Asylsuchenden das Verfahren mit persönlicher Anhörung durchlaufen müssen. Beschleunigte schriftliche Verfahren gehören damit vorerst der Vergangenheit an. Mit der Änderung der Bearbeitungspraxis steht zu befürchten, dass Asylsuchende aus den drei Staaten wieder mit einer weitaus längeren Verfahrensdauer rechnen müssen. Auch alle anderen Asylsuchenden müssen damit rechnen, dass eine grundsätzliche flächendeckende Beschleunigung der Asylverfahren nicht erreicht werden wird.

12.01.2016 **Stellungnahmen zu Diskussionen um sexuelle Gewalt**

Als Reaktion auf die sexuellen Übergriffe auf Frauen an Silvester am Kölner Hauptbahnhof und anderen Orten verabschiedete die Bundesregierung bereits am 12. Januar gesetzliche Verschärfungen (vgl. 12.01.2016 tagesschau.de: [Einigung auf schärfere Abschiebe Gesetze](#)), die schnellere Ausweisungen und Abschiebungen von straffällig gewordenen Flüchtlingen ermöglichen sollen. Im Folgenden dokumentieren wir Stellungnahmen, die sich kritisch mit dem auf verschärfte Abschiebungen zielenden politischen Aktionismus auseinandersetzen und stattdessen einen besseren Schutz von Frauen und ihren Rechten fordern. [Weiterlesen ...](#)

16.01.2016 **5.000 demonstrierten gegen Rassismus und Gewalt in Stuttgart**

Unter dem Motto *halt!zusammen* demonstrierten ca. 5.000 Menschen am 16. Januar in Stuttgart gegen Rassismus und rechtsextreme Gewalt und positionierten sich auch eindeutig gegen Sexismus und gegen diejenigen, die nach den sexuellen Übergriffen der Silvesternacht härtere Gesetze und Abschiebungen forderten, ansonsten aber in keiner Weise für Frauenrechte eintreten. Aufgerufen hatte ein breites landesweites Bündnis aus Gewerkschaften, den Arbeitgebern, den evangelischen und katholischen Kirchen, Parteien, Sportverbänden, Sozial- und Naturschutzorganisationen, politischen Stiftungen und der Zivilgesellschaft.

- 15.12.2015 DGB BaWü: Pressemeldung ["Große Kundgebung halt zusammen - Gegen Rassismus und Gewalt"](#)

- Videomitschnitt der Kundgebung: Kurzversion: <https://youtu.be/Nhi9-hklZSU>, Langversion: <https://youtu.be/1JPeANIZwbQ>

27.01.2016 **Kriminalitätsrate sinkt - Deutlich weniger „Flüchtlingsstraftaten“ im Verhältnis zur gestiegenen Asylbewerberzahl**

Mit 97.822 Asylanträgen in Baden-Württemberg im Jahr 2015 wurden beinahe viermal so viele Anträge gestellt wie im Vorjahr (25.673). Mit dem Flüchtlingszugang stiegen zwar auch die vermutlich durch sie begangenen Straftaten von 16.784 (2014) auf 30.866 (2015). In Relation bedeutet dies allerdings eine deutlich geringere Kriminalitätsrate als noch im Vorjahr. Das geht aus einem aktuellen Bericht der Rhein-Neckar-Zeitung hervor, in dem auch Innenminister Reinhold Gall zitiert wird. Bei den begangenen Delikten handelte es sich überwiegend um Ladendiebstahl, Schwarzfahren und leichte Körperverletzungen.

- 27.1.2016 Rhein-Neckar-Zeitung: ["Baden-Württemberg: Zahl der Flüchtlingsstraftaten steigt 'unterproportional'"](#)

- 27.1.2016 Pforzheimer Zeitung: ["Mehr Flüchtlinge, mehr Straftaten"](#)

12.02.2016 **Die Hoax-Map: Fakten gegen Gerüchte**

Gerüchte und Falschmeldungen in die Welt zu setzen, die Flüchtlinge und ihre Unterstützer diskreditieren sollen, ist eine immer stärker um sich greifende Methode, um das gesellschaftliche Klima zu vergiften. Die [Hoaxmap](#) ist ein Online-Portal, das nachweislich widerlegte Falschmeldungen zu Straftaten oder Fehlverhalten von Flüchtlingen im deutschsprachigen Raum sammelt. Stand 12. Februar listet die Hoaxmap 209 Falschmeldungen zur Flüchtlingskriminalität aus dem deutschsprachigen Raum auf.

12.02.2015 Stuttgarter Zeitung: [Eine Karte voll widerlegter Gerüchte](#)

02.02.2016 **Flüchtlinge bringen wirtschaftlichen Boom**

Die Tatsache, dass die öffentliche Hand viele Milliarden für die Unterbringung und Integration von Geflüchteten ausgibt, trägt nach Auffassung verschiedener Institute zum gesamtwirtschaftlichen Aufschwung bei. Insbesondere Hersteller von Unterkünften, Baufirmen, Sozialunternehmen, die Erstaufnahmestellen betreiben, sowie Caterer erleben einen nie dagewesenen Boom. Auch Sicherheitsfirmen sind offenbar so gut im Geschäft, dass sie wegen der Konkurrenz um Standorte schon zu gewaltsamen Anschlägen neigen wie neulich in Villingen-Schwenningen.

- 26.11.2015 Stuttgarter Zeitung: [Firmen für Unterbringung und Verpflegung Boom dank der Flüchtlinge](#)

- 16.01.2016 taz: [Flüchtlinge kurbeln Wirtschaft an](#). Die öffentlichen Haushalte geben viele Milliarden für die Versorgung und Integration von Geflohenen aus. Das ist gut investiertes Geld, finden Ökonomen.

- 2.2.2016 taz: „[Euro-Memorandum 2016](#)“. [Wirtschaft begrüßt Flüchtlinge](#). 320 Wirtschaftswissenschaftler erwarten durch die Flüchtlinge positive Effekte auf die EU-Volkswirtschaften.

21.12.2015 **Recht auf Willkommen**

Aufruf und Plattform gegen Abschottung und Fremdenfeindlichkeit gegründet

Flüchtende aufnehmen und Fluchtursachen beseitigen – mit dieser zentralen Forderung hat sich eine zivilgesellschaftliche Initiative an die Öffentlichkeit gewandt (www.recht-auf-willkommen.de). Gründer der "Plattform wider Abschottung und Fremdenfeindlichkeit" sind das globalisierungskritische Netzwerk Attac, das Institut Solidarische Moderne, die Menschenrechtsorganisation Medico International sowie die christliche Zeitschrift Publik-Forum. Es werden UnterzeichnerInnen / UnterstützerInnen dieses Aufrufs gesucht.

21.12.2015 **Offener Brief an Landes- und Bundespolitik**

In einem Offenen Brief an die Bundesregierung, Ministerpräsident Winfried Kretschmann und andere beklagt sich das Netzwerk Flüchtlingsarbeit Nürtingen über die Einstufung von Westbalkanländern als "sichere Herkunftsstaaten" und die einseitige und unwürdige Schlechterbehandlung von Asylsuchenden aus diesen Staaten (insbesondere Roma) im Asylverfahren und im öffentlichen Diskurs. Netzwerk Flüchtlingsarbeit Nürtingen: [Offener Brief \(PDF\)](#)

12.02.2016 **NATO-Einsatz im Mittelmeer beschlossen**

Die NATO wird voraussichtlich ab 24. Februar Militärboote in die Ägäis entsenden. Die unter deutschem Befehl stehenden Kriegsschiffe sollen Aufklärungs- und Überwachungsaufgaben im Kampf gegen die Schlepper übernehmen. Insbesondere sollen Informationen über in der Ägäis gesichtete Flüchtlingsboote an die griechische und türkische Küstenwache übermittelt werden. In Seenot befindliche Flüchtlinge sollen gerettet und in die Türkei gebracht werden – selbst wenn sie bereits griechische Gewässer und damit EU-Territorium erreicht haben. PRO ASYL betrachtet die Blockierung der Fluchtwege durch die Türkei nach Europa als eigentlichen Zweck der NATO-Operation und bezeichnete diese folglich als "Beihilfe zur Aushebelung des Asylrechts".

11.02.2016 PRO ASYL: "[Ägäis: Jetzt soll es die NATO richten?](#)"

11.02.2016 Stuttgarter Zeitung: "[Die NATO eilt Merkel zu Hilfe](#)"

In aller Kürze:

28.01.2016 **Keine Abschiebung um jeden Preis – Balkanlager Bamberg und Manching schließen!**

Online-Petition des bayerischen Flüchtlingsrats u.a.

03.02.2016 [Griechische Polizei stürmt Unterkunft von freiwilligen HelferInnen](#). Mitteilung von internationalen Refugee-Unterstützer_innen an der griechisch-mazedonischen Grenze

13.01.2016 Pressemitteilung Deutsches Institut für Menschenrechte: [Die Rechte von Frauen in Flüchtlingsunterkünften schützen](#)

12.02.2016 Stuttgarter Zeitung: [Nach Handgranaten-Wurf auf Flüchtlingsheim. Gall will stärkere Überwachung von Sicherheitsdiensten](#)

3. NEUE PUBLIKATIONEN / MATERIALIEN

21.12.2015 **Obergrenzen für Flüchtlinge rechtlich ohne Grundlage**

In einem 47-seitigen Gutachten erörtert der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages die Frage, ob zahlenmäßige Obergrenzen bei der Aufnahme von Flüchtlingen rechtlich möglich sind oder nicht. Das Ergebnis ist eindeutig: Weder internationales Recht (insb. Genfer Flüchtlingskonvention) noch EU-Recht (u.a. Grundrechtecharta) lassen Zurückweisungen in sog. sichere Drittstaaten oder gar in die Herkunftsstaaten zu. Selbst im sog. "Notstandsfall" gelten die grundlegenden Menschenrechte weiter.

- 20.12.2015 tagesschau.de: [Obergrenze für Flüchtlinge - rechtlich unmöglich?](#)

- 16.12.2015 Wissenschaftlicher Dienst des Bundestags: [Obergrenzen für Asylsuchende und Bürgerkriegsflüchtlinge im Lichte des EU-Rechts. \(PE 6 - 3000 - 153/15\) \(PDF\)](#)

14.01.2016 **Reader zur medizinischen Versorgung von Asylsuchenden in Krankenhäusern**

In einem 23-seitigen Reader gibt die Deutsche Krankenhaus Gesellschaft einen Überblick über die rechtlichen Grundlagen und praxisrelevanten Fragestellungen bei der medizinischen Versorgung von Flüchtlingen und Asylsuchenden in deutschen Krankenhäusern. Landesrechtliche Regelungen und Rahmenvereinbarungen sind nicht berücksichtigt.

- Deutsche Krankenhausgesellschaft (Nov. 15): [Hinweise zur medizinischen Versorgung von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Krankenhäusern \(PDF\)](#)

4. VERANSTALTUNGSHINWEISE

Wir veröffentlichen hier Veranstaltungen mit landesweitem oder überregionalem Bezug. Weitere Veranstaltungshinweise (Fortbildungen, Veranstaltungen mit regionalem Bezug) finden Sie auf der Homepage

Fortbildungstermine

Unser aktuelles Fortbildungsangebot finden Sie auf unserer [Projektwebsite 'Aktiv für Flüchtlinge'](#).

Sendung im SWR: [Soll das Asylrecht weiter verschärft werden?](#)

Mittwoch, 17. Februar 2016, 20 Uhr | SWR

In der Pro und Contra-Sendung am Mittwoch versuchen zwei Anwälte (Pro und Contra) und zwei Sachverständige (ebenfalls Pro und Contra) in 45 Minuten, die Jury im Studio und die Zuschauerinnen und Zuschauer am Fernseher und im Internet von ihrer jeweiligen Haltung zu überzeugen. Eine der beiden Sachverständigen ist die Vorsitzende des baden-württembergischen Flüchtlingsrats Angelika von Loeper. Im Vorfeld der Veranstaltung kann [mitdiskutiert](#) werden.

Film von Kenan Emini: Strukturelle Diskriminierung in Mazedonien und Serbien

Mittwoch, 17. Februar 2016, 20 Uhr | Kommunales Kino Freiburg | Urachstraße 40

Film und Input mit Kenan Emani, „alle bleiben“, Göttingen. The Awakening (das Erwachen) ist ein Film über die Lebensrealitäten von abgeschobenen Roma. Welchen psychologischen Effekt hat die Abschiebung auf die Menschen? <http://www.aktionbleiberecht.de/blog/wp-content/uploads/2016/01/17.-Februar-2016.png>

Vortrag mit Jacqueline Andres, Informationsstelle Militarismus, Tübingen

Kosovo – KFOR und EULEX verunsichern den Herkunftsstaat

Mittwoch, 24. Februar 2016, 20 Uhr | Theater Freiburg | Winterer-Foyer

Die bis heute andauernde Beteiligung der Bundesregierung an KFOR und EULEX trägt dazu bei, dass der Kosovo als „Armenhaus“ Europas gilt und durch seine desaströse, korrupte Politik keinerlei Zukunftsperspektiven für breite Teile der dortigen Gesellschaft bietet. Dieser Vortrag zeigt auf, was im Rahmen von KFOR und EULEX in Kosovo geschieht und welches Sicherheitskonzept diesen Missionen zugrunde liegt.

<http://www.aktionbleiberecht.de/blog/wp-content/uploads/2016/01/24.-Februar-2016.png>

Plenumstagung des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg „Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten“

Samstag, 12. März 2016, 9.30 Uhr bis 17 Uhr, Friedensgemeindehaus, Schubartstr. 14, Stuttgart

[Weiterlesen ...](#) [Onlineanmeldung](#), [Programm als pdf](#)

[Demo: Für grenzenlose Menschenrechte – Gegen Abschiebungen und die große Anti-Flüchtlings-Koalition](#)

Samstag, 12.03.2016, 13 Uhr, Johanneskirche Freiburg

Aufrufertext des Freiburger Forums aktiv gegen Ausgrenzung: Wir treten ein für eine Flüchtlingspolitik, die menschenrechtliche Grundsätze ernst nimmt. Dazu bieten uns die anstehenden Wahlen keine Möglichkeit. Denn alle Parteien in Baden-Württemberg waren zuletzt Teil einer ganz großen Koalition, die massive Einschränkungen der Rechte von Flüchtlingen durchgesetzt hat. [Weiterlesen ...](#)

16.03.2016 **Informationsveranstaltung: Einreise nach Deutschland zur Arbeit oder Ausbildung für Staatsangehörige aus dem Westbalkan**

Mittwoch 16. März 2016, 18:00-20:00, Welcome Center Stuttgart, Charlottenplatz 17, 70173 Stuttgart für Personen aus Kosovo und Albanien

Mittwoch, 09. März 2016, 18:00-20:00, Welcome Center Stuttgart, Charlottenplatz 17, 70173 Stuttgart für Personen aus Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Mazedonien

[Informationsveranstaltung Welcome Center \[PDF\]](#)

Weitere auch lokal bezogene Veranstaltungen finden Sie hier: <http://fluechtlingsrat-bw.de/veranstaltungen.html>

In eigener Sache:

Bedarf an einer Fortbildung für die Flüchtlingsarbeit?

Beim Flüchtlingsrat können Sie ReferentInnen für Informationsveranstaltungen und Fortbildungen/Qualifizierungen im Bereich des Asylrechts und der Flüchtlingsarbeit anfragen. Vor allem im Rahmen unserer EU-geförderten Projekte haben wir Fortbildungsveranstaltungen entwickelt und praktisch durchgeführt. Derzeit werden die von uns angebotenen Fortbildungen insbesondere über Fördermittel des Landes Baden-Württemberg unterstützt. Bitte melden Sie sich in unserer [Geschäftsstelle](#), wenn Sie Interesse an einer Veranstaltung oder Fortbildung haben.

Nähere Informationen finden Sie hier: <http://aktiv.fluechtlingsrat-bw.de/fortbildungsangebot.html>

Solidarität braucht Solidarität: Spenden Sie für die Arbeit des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg: [Zum Online-Spendenformular](#)

Impressum

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Geschäftsstelle, Hauptstätter Str. 57 - 70178 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de

Web: www.fluechtlingsrat-bw.de

Solidarität braucht Solidarität!

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Mitgliedschaft, eine Fördermitgliedschaft oder eine Spende an: Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V. , GLS Bank, BLZ 430 609 67, Kto. Nr. 70 07 11 89 01, IBAN: DE66 4306 0967 7007 1189 01, BIQ: GENODEM1GLS

AutorInnen der Beiträge: Andreas Linder, Melanie Skiba, Sebastian Röder, Laura Gudd, Volker Löffler, Clara Schlotheuber, Julian Staiger

Redaktion: Ulrike Duchrow, Ute Schlipf

Der Newsletter erscheint im zweimonatigen Turnus.

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unserer Website unter <http://fluechtlingsrat-bw.de/e-mail-news.html>

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.

Der Newsletter wird im Rahmen des Projekts „aktiv für Flüchtlinge“ gefördert durch das Land Baden-Württemberg, Ministerium für Integration. Der Flüchtlingsrat BW wird außerdem unterstützt durch PRO ASYL, das Diakonische Werk Württemberg, der Evangelischen Kirche Baden und die Diözese Rottenburg-Stuttgart.